

## FREIBERUFLER-TICKER vom 26. Juni 2020

### 1. Allianz für Aus- und Weiterbildung berät die Umsetzung des Bundesprogramms „Ausbildung sichern“

Das Bundeskabinett beschloss in seiner Sitzung vom 24. Juni 2020 das Eckpunktepapier zum Bundesprogramm „[Ausbildungsplätze sichern](#)“. Aus diesem Anlass gab es am 25. Juni 2020 eine [Staatssekretärsrunde](#) im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung, die sich über die Umsetzung des Programms austauschte. Der BFB war vertreten durch Peter Klotzki, seinen Hauptgeschäftsführer. Das beratene Programm enthält fünf Maßnahmen: (1) Ausbildungsprämie bei Erhalt des Ausbildungsniveaus; (2) Ausbildungsprämie bei Erhöhung des Ausbildungsniveaus; (3) Förderung bei Vermeidung von Kurzarbeit während der Ausbildung; (4) Förderung von Auftrags- und Verbundausbildung; (5) Übernahmeprämie. Die Maßnahmen richten sich an kleine und mittlere Unternehmen, die durch die COVID-19-Krise stark betroffen sind. Die Betroffenheit ist gegeben, wenn das Unternehmen in der ersten Hälfte des Jahres 2020 wenigstens einen Monat Kurzarbeit durchgeführt hat oder der Umsatz in den Monaten April und Mai 2020 um durchschnittlich mindestens 60 Prozent gegenüber April und Mai 2019 eingebrochen ist. Aus Sicht des BFB ist das Ziel, Ausbildung und Ausbildungsbereitschaft in Corona-Zeiten nicht zu beschädigen, begrüßenswert, es ist aber auch wichtig, dass die Maßnahmen auch mittelfristig zur Verfügung stehen müssen, nicht nur für jetzt betroffene Unternehmen.

### 2. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veröffentlicht Konjunkturprognose für 2020 und 2021

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) veröffentlichte am 23. Juni 2020 seine [Konjunkturprognose](#). Diese folgt dem SVR-Sondergutachten zur Corona-Pandemie vom März 2020, da inzwischen eine bessere Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Jahr 2020 vorgenommen werden kann. Für Deutschland wird mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2020 um 6,5 Prozent gerechnet. Für das Jahr 2021 wird ein Wirtschaftswachstum von 4,9 Prozent prognostiziert. Somit dürfte das BIP frühestens 2022 das Vor-Corona-Niveau erreichen. Die Arbeitslosenquote soll in den kommenden Monaten weiter zunehmen und erst im Jahresverlauf 2021 langsam wieder rückläufig sein. Für den Euroraum wird ein Rückgang des realen BIP 2020 um 8,5 Prozent und ein Plus von 6,2 Prozent im nächsten Jahr bescheinigt. Der SVR wiederholt, dass die Prognose für die weitere wirtschaftliche Entwicklung weiterhin mit großer Unsicherheit verbunden ist. Wenn es nicht gelingen sollte, die Anzahl der Neuinfektionen gering zu halten, den Lockerungskurs fortzusetzen und die Unsicherheit der Unternehmen und Haushalte zu reduzieren, ist mit einer deutlich länger anhaltend schwächeren Konjunktur zu rechnen.

### 3. IWF senkt globale Wirtschaftsprognose erneut

Von „einer Krise wie keine andere“ spricht der Internationale Währungsfonds (IWF) im Rahmen seiner jüngsten [Konjunkturprognose](#). Laut diesem Ausblick, vorgestellt am 24. Juni 2020, rechnet der IWF für 2020 mit einem Einbruch der Weltwirtschaftsleistung um 4,9 Prozent. Im April hatte der IWF noch einen Rückgang um drei Prozent vorhergesagt. Im Januar, also vor der weltweiten Verbreitung des Coronavirus, rechnete der IWF sogar noch mit 3,3 Prozent Wachstum. Besonders betroffen ist demnach die Gruppe der Industrieländer. In Deutschland soll das Bruttoinlandsprodukt um 7,8 Prozent abnehmen, im April ging der IWF noch von einem Rückgang um sieben Prozent aus. Kommendes Jahr soll die Weltwirtschaftsleistung um

5,4 Prozent wachsen, das sind 0,4 Prozentpunkte weniger als im April vorhergesagt. Deutschlands Wirtschaft soll dann um 5,4 Prozent wachsen.

#### **4. Die meisten Kurzarbeiter gibt es in Bayern**

Das geht aus Umfragezahlen des ifo Instituts hervor, die am 22. Juni 2020 [veröffentlicht](#) wurden. Demnach waren dort im Mai 1,469 Millionen Menschen oder 26 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kurzarbeit. Im größeren Nordrhein-Westfalen waren es 1,466 Millionen oder 21 Prozent. Baden-Württemberg hat 1,09 Millionen oder 23 Prozent Kurzarbeiter. Es folgen Niedersachsen und Bremen mit zusammen 767.000 oder 23 Prozent. Gerade in den Ländern mit bedeutender Automobil- und Zuliefererindustrie wird besonders viel Kurzarbeit gefahren, so die Forscher. Auf den folgenden Plätzen befinden sich Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit zusammen 620.000 oder 21 Prozent Kurzarbeitern, Hessen mit 552.000 oder 21 Prozent, Schleswig-Holstein und Hamburg mit 422.000 oder 21 Prozent, Rheinland-Pfalz und Saarland mit 315.000 oder 17 Prozent, Sachsen mit 306.000 oder 19 Prozent sowie Thüringen und Sachsen-Anhalt mit 269.000 oder 17 Prozent der Beschäftigten. Insgesamt schätzt das ifo Institut die Zahl der Kurzarbeiter im Mai auf etwa 7,3 Millionen.

#### **5. Unternehmen planen auch nach Corona weniger Dienstreisen**

57 Prozent der deutschen Unternehmen halten es für wahrscheinlich, dass sie als Folge der Corona-Krise ihre Geschäftsreisen dauerhaft einschränken. Das geht aus der Konjunkturumfrage des ifo Instituts hervor, die am 23. Juni 2020 [veröffentlicht](#) wurde. Die Industrie geht mit 64 Prozent voran, gefolgt von den Dienstleistern mit 60 Prozent. Weniger reisen wollen vor allem IT-Dienstleister und Unternehmensberater mit jeweils 80 Prozent sowie Firmen aus Forschung und Entwicklung zu 74 Prozent, aus Werbung und Marktforschung zu 72 Prozent.

#### **6. Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2020“ vorgestellt**

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde der achte Bildungsbericht am 23. Juni 2020 vorgestellt. Dieser beschreibt die Gesamtentwicklung des Bildungswesens und erscheint alle zwei Jahre. Der aktuelle Bildungsbericht 2020 bescheinigt positive Tendenzen wie eine zunehmende Bildungsbeteiligung in den letzten zehn Jahren. 2008 verfügten 24 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren über die Hochschulreife, 2018 bereits 33 Prozent. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil von Personen, deren höchster Schulabschluss der Hauptschulabschluss ist, von 39 auf 30 Prozent zurück. Der Anteil der Hochschulabsolventen stieg im gleichen Zeitraum um fünf Prozentpunkte auf 18 Prozent an. Zudem nahm die Zahl der im Bildungswesen Beschäftigten seit 2008 kontinuierlich zu. Die größten Zuwächse bis 2018 entfielen auf die Bereiche frühe Bildung (plus 63 Prozent) und auf die Hochschulen (plus 37 Prozent). Eine weitere Tendenz ist die anhaltend hohe Studiennachfrage. Nach vorläufigen Berechnungen lag die Anzahl der Studienanfänger 2018 zum sechsten Mal in Folge über einer halben Million. 2019 mündeten knapp eine Million Personen in die drei Sektoren der beruflichen Erstausbildung (dual, schulisch und Übergangsbereich) und somit blieb die Berufsausbildung trotz der stärkeren Studierneigung beliebt. Das Schwerpunktkapitel des Bildungsberichts „Bildung in einer digitalisierten Welt“ zeigt große Unterschiede beim Einsatz digitaler Medien zwischen den Bildungsbereichen und dokumentiert, dass die digitalen Kompetenzen der Schüler ausbaufähig sind. Trotz des langjährigen Trends zu höherer Bildung bleiben junge Menschen wieder häufiger ohne Abschluss. Es zeigen sich zunehmend Disparitäten zwischen formal gering und hoch Qualifizierten. Eine weitere Herausforderung ist, dass die Potenziale der digitalen Medien im Bildungssystem noch nicht hinreichend genutzt sind.

## 7. Digitaler Kalender der deutschen Ratspräsidentschaft

Seit dem 23. Juni 2020 kann man sich über alle politischen und kulturellen Veranstaltungen rund um die deutsche EU-Ratspräsidentschaft informieren. Dieser [Kalender](#) zur deutschen Ratspräsidentschaft wird vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 kontinuierlich aktualisiert.

## 8. Zwei Jahre Datenschutz-Grundverordnung

Vor zwei Jahren trat die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft. Anlässlich dessen zog die Europäische Kommission am 24. Juni 2020 eine erste positive Bilanz. Eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung des europäischen Datenschutzrechts spielen die nationalen Datenschutzbehörden, so die EU-Kommission in ihrem [Bericht](#). Diese müssten mit angemessenen personellen, technischen und finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Hier gebe es zwischen den Mitgliedstaaten noch große Unterschiede. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Datenschutzbehörden könne noch verbessert werden. Gleichwohl hat dem Bericht zufolge die DSGVO die meisten ihrer Ziele erreicht. Auch bei der Unterstützung digitaler Lösungen in unvorhersehbaren Situationen wie der COVID-19-Krise habe sich die DSGVO als flexibel erwiesen. Der Bericht kommt zu dem zu dem Schluss, dass die Harmonisierung in den Mitgliedstaaten zunimmt. Ferner wird festgestellt, dass Unternehmen eine Compliance-Kultur entwickeln und einen starken Datenschutz immer häufiger als Wettbewerbsvorteil nutzen. Im Bericht sind Maßnahmen aufgelistet, die allen Interessenträgern, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, die Anwendung der DSGVO weiter erleichtern und somit eine europäische Datenschutzkultur mit konsequenter Durchsetzung fördern und weiterentwickeln sollen.

## 9. IT-Sicherheitsgefälle in Deutschland

Bereits im siebten Jahr untersucht die Verbraucherstudie von „Deutschland sicher im Netz“ (DsiN) die digitale Sicherheitslage von Internetnutzenden in Deutschland. Die aktuelle [Ausgabe](#), vorgestellt am 25. Juni 2020, zeigt: Es gibt Nachholbedarfe bei digitaler Aufklärung. Insgesamt verbesserte sich die digitale Sicherheitslage für Verbraucher leicht: Im Vergleich zum Vorjahr stieg der DsiN-Index 2020 um 0,5 Indexpunkte auf 62,8 Punkte an. Damit wächst der Wert im zweiten Jahr in Folge. Trotz der verbesserten Sicherheitslage fühlen sich Verbraucher in diesem Jahr nicht sicherer im Netz. Das Verunsicherungsgefühl stieg um 0,9 Punkte auf 29,6 Punkte an. Es erreichte damit seinen bisher höchsten Wert seit Beginn der Erhebung in 2014.

## 10. Bevölkerung in Deutschland 2019 stieg an

Laut einer [Pressemitteilung](#) des statistischen Bundesamts vom Ende vergangener Woche stieg die Bevölkerung in Deutschland um 147.000 Personen an und lag somit zum Ende 2019 bei 83,2 Millionen Menschen. Der jährliche Bevölkerungszuwachs verlangsamte sich nach der zuwanderungsbedingten Rekordzunahme im Jahr 2015 (978.000 Personen) und fiel 2019 auf das Niveau des Jahres 2012 zurück (196.000 Personen, 0,2 Prozent Zuwachs). Der Anstieg der Einwohnerzahl in 2019 lässt sich damit erklären, dass nach vorläufigen Ergebnissen etwa 300.000 Personen mehr zu- als abgewandert sind (Wanderungsüberschuss). Im Vergleich zu 2018 schrumpfte der Wanderungsüberschuss (2018: 400 000 Personen). Zudem lag die Zahl der Sterbefälle um 161.000 höher als die Zahl der Geburten. Somit waren sowohl der Wanderungsüberschuss als auch das Geburtendefizit niedriger als im Vorjahr, sodass sich das Bevölkerungswachstum insgesamt verlangsamte.

## 11. Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Mütter verdienen einer von der Bertelsmann Stiftung am 22. Juni 2020 präsentierten [Studie](#) zufolge aufs gesamte Erwerbsleben gerechnet deutlich weniger als kinderlose Frauen. Die Entscheidung für Kinder führt bei Müttern mit einem Kind zu durchschnittlichen Einbußen an Lebenserwerbseinkommen von rund 40 Prozent im Vergleich zu kinderlosen Frauen. Bei Frauen mit drei oder mehr Kindern beträgt die Motherhood Lifetime Penalty nahezu 70 Prozent.

## 12. Ausländer in der EU

Am 1. Januar 2019 lebten 21,8 Millionen Bürger eines Drittlandes in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), was fast fünf Prozent der EU-Bevölkerung entspricht. Darüber hinaus lebten am 1. Januar 2019 in einem der EU-Mitgliedstaaten 13,3 Millionen Menschen mit der Staatsbürgerschaft eines anderen EU-Mitgliedstaats, was fast drei Prozent der EU-Bevölkerung entspricht. Relativ gesehen war Luxemburg mit 47 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU-Mitgliedstaat mit dem höchsten Anteil an Ausländern. Ein hoher Anteil ausländischer Staatsbürger von zehn Prozent oder mehr der Wohnbevölkerung wurden für Zypern, Malta, Österreich, Estland, Lettland, Irland, Belgien, Deutschland und Spanien ausgewiesen. Im Gegensatz dazu machten Ausländer weniger als ein Prozent der Bevölkerung in Polen und Rumänien aus. Darüber [berichtete](#) das statistische Amt der EU am 25. Juni 2020.

## 13. Verbraucherpreise in Deutschland liegen über dem EU-Schnitt

Das Preisniveau der privaten Konsumausgaben in Deutschland lag 2019 um 6,8 Prozent über dem Durchschnitt der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Wie das Statistische Bundesamt am 22. Juni 2020 weiter [mitteilte](#), war es innerhalb der EU in Dänemark am höchsten. Dort lag das Preisniveau um 41,3 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Mit einigem Abstand folgen Irland, plus 33,7 Prozent, und Luxemburg, plus 31,1 Prozent. Am günstigsten innerhalb der EU blieb es wie in den vergangenen Jahren in Bulgarien: Hier mussten Verbraucher für einen repräsentativen Warenkorb aus Waren und Dienstleistungen rund halb so viel zahlen wie im Durchschnitt aller Mitgliedstaaten, minus 47,2 Prozent. Es folgen Rumänien mit minus 45,1 Prozent und Polen mit minus 40 Prozent.

## 14. Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt offiziell gegründet

Sie ist eine zentrale Anlaufstelle für etwa 30 Millionen Menschen in Deutschland, die sich ehrenamtlich engagieren. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt ist ein gemeinsames Vorhaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat sowie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Sie ist ein zentrales Ergebnis der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und soll insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen Engagement sinnvoll und nachhaltig unterstützen. Sitz der Stiftung ist Neustrelitz. Die Aufgaben der Stiftung sind vielfältig. Ein Schwerpunktthema der Stiftungsarbeit wird die Digitalisierung sein. Zudem wird sie die Informationsangebote bündeln, damit engagierte Bürger gute und erprobte Konzepte schnell und unkompliziert einsetzen können. Die Stiftung wird darüber hinaus auch bei der Nachwuchsgewinnung unterstützen und Fortbildungen anbieten. Ab 2021 sind finanzielle Mittel in Höhe von bis zu 30 Millionen jährlich für die Stiftung vorgesehen. Das [teilten](#) die beteiligten Ressorts am 23. Juni 2020 mit.